

Die Vogelarten dürfen nicht während der Brut und Aufzuchtzeit bzw. Zugvögel auch nicht während des Rückzuges zu ihren Brutgebieten bejagt werden.

Für sämtliche wildlebende Vogelarten gilt ein Verbot für den Verkauf von lebenden oder toten Vögeln bzw. deren Teile oder aus ihnen gewonnenen Erzeugnissen sowie für deren Beförderung und Halten für den Verkauf. Ausgenommen sind lediglich Arten der Anhänge III/1 und III/2.

Allgemein sind nur unter bestimmten, strengen Rahmenbedingungen Ausnahmen hinsichtlich der angeführten Vorschriften möglich. Über eventuelle Ausnahmeregelungen ist der EU-Kommission jährlich Bericht zu erstatten.

Zusätzlich müssen die Mitgliedsstaaten alle drei Jahre einen Bericht über die Anwendung der aufgrund der Richtlinie erlassenen einzelstaatlichen Rechtsvorschriften übermitteln.

Dr. Susanne Stadler



PROJEKT: Erfassung und Schutz der Tiroler Fledermausfauna

Dieses Projekt des ÖNB Tirol – finanziert von der Tiroler Landesregierung – wird von der ARGE Säugetiere am Tiroler Ferdinandeum vom Mai 95 bis März 96 durchgeführt. Es hat zum Ziel, unentbehrliche Grundlagen für einen modernen Fledermausschutz zu erarbeiten. Das Erhebungsgebiet reicht vom Tiroler Oberland bis zum Außer-

Luchs am Hochkönig „Erhebender Anblick“



Am 28. Juli konnte der Hauptschuldirektor von Schwarzach, Rudolf Laserer, zugleich Aufsichtsjäger, am Hochkeil im Hochköniggebiet in 1.650 m Höhe einen Luchs beobachten, der auf einer Legsteinmauer saß. Damit ist nachgewiesen, daß sich im Hochköniggebiet (Salzburg) bereits seit längerer Zeit ein Luchs aufhält, da Ende Mai in diesem Raum auch Fährten be-

obachtet wurden. Auch vor Jahren gab es eine Nachricht von einem Luchs im Hochköniggebiet, weitere Sichtungen liegen aus dem Bereich des Nationalparks Berchtesgaden vor. Diese interessante Beobachtung beweist, daß der Luchs in den Salzburger Kalkalpen wieder vorhanden ist und sich möglicherweise auch auszubreiten beginnt.

Wie es um die Luchsbestände im gesamten Alpenraum aussieht wird übrigens bei einer

Luchstagung präsentiert:

Conference on the Status and Conservation of the Alpine Lynx Population 8. – 10. 12. '95, Schweiz

Info: SCALP – Swiss Lynx Projekt, Villettengässli 4, CH-3074 Muri, Switzerland, Tel. + Fax: 41-31-9527382

eMail: BREITENMOSER@ZOS. UNIBE. CH

Auskünfte und Anmeldungen dazu sind auch über den ÖNB, Arenbergstraße 10, 5020 Salzburg, Tel. 0662/642909, Fax 0662 / 6437344 möglich.

fern. Neben Sommer- / Winterquartierkontrollen in Kirchen, Schlössern, Türmen und Burgen und Wochenstubenkontrollen werden zusätzlich Netzfänge durchgeführt, um auch fels- und baumbewohnende Arten zu erfassen.

In einem Endbericht sollen die Fledermausquartiere dokumentiert und in Verbreitungskarten

dargestellt werden. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Umweltschutz des Amtes der Tiroler Landesregierung soll darauf basierend ein geeignetes Schutzkonzept mit konkreten Schutzmaßnahmen erstellt und ein Monitoringprogramm für die wichtigen Quartiere formuliert werden

Volksanwalt gibt ÖNB-Wien recht: Rodungsbewilligung für Privatklinik auf dem Kahlenberg ist mangelhaft

In Heft 2/3-1994 richteten wir einen Appell an die Wiener Bevölkerung, gegen dieses Projekt zu protestieren um den Kahlenberg zu erhalten.

Volksanwalt Schender stellte dazu nun fest, daß die Rodungsbewilligung der Behörde einen Mißstand in der Verwaltung darstellt. Zwar wollte die Landesforstdirektion in einem Gutachten weismachen, daß der Kahlenberg ein „idealer“ Standort für ein Krankenhaus sei. Doch dies war für die Volksanwaltschaft nicht nachvollziehbar. Durch diese Mißstandsfeststellung soll in Zukunft Fällen vorgebeugt werden, „bei denen die Neigung bestehen könnte, einem (politisch) wünschenswerten Zweck die korrekte und nachvollziehbare Anwendung der, dem Schutz des Waldes dienenden Normen, unterzuordnen.“

– HA –

Wie – Was – Wo?

Tirols Landesregierung hilft den Gemeinden bei Umweltprojekten.

Das „Netzwerk kommunaler Umweltprojekte“, 1995 beim Tiroler Landesumweltanwalt installiert, soll jene Gemeinden Tirols, die sich in längerfristigen Umweltinitiativen profilieren, unterstützen.
Tel. 0512/567170

NEIN zu Atomtests im Pazifik – und in China

Der Österr. Naturschutzbund und die Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren – beide sind Mitglied der Dachorganisation „Anti-Atom-International“ – sind über den Bruch des bestehenden Atomtest-Moratoriums durch den französischen Staatspräsidenten Chirac ebenso empört wie unzählige Bürger und Bürgervereinigungen und zahlreiche offizielle Verantwortungsträger in der ganzen Welt. ÖNB und PLAGE haben noch davor dem Österreichischen Bundespräsidenten anlässlich seines Besuches in Salzburg am 24. 7. 1995 folgenden offenen Brief überreicht:



Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

[...] Wir appellieren deshalb an Sie, auf diplomatischen und anderen Ebenen, ihren Protest gegen das in aller Welt auf Unverständnis stoßende Vorhaben von Herrn Präsidenten Chirac einzulegen und damit die Stimme der Bundesregierung zu ergänzen und zu verstärken. Die österreichische Bevölkerung hat in den letzten Jahren eine Vorreiterrolle im Kampf gegen die atomare Bedrohung eingenommen. Umso mehr erwarten wir auch von unserem Bundespräsidenten ein klares Wort gegen die menschenverachtenden Atomtests gegenüber seinem französischen Amtskollegen.

Rechtzeitiger Schutz landwirtschaftlicher Direktvermarkter und kleiner Schlachthöfe:

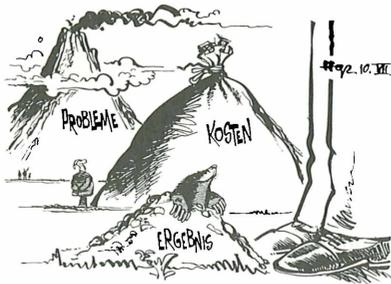
„Müssen gegen EU-Fleischriesen bestehen können!“

Durch den EU-Beitritt Österreichs müssen landwirtschaftliche Direktvermarkter bis Ende 1997 Gewerbebetrieben gleichgestellt werden. Die derzeit noch geltenden Übergangsregeln ermöglichen Bauern, ihr Fleisch direkt ab Hof den Konsumenten oder unter der Bezeichnung „aus bäuerlicher

Schlachtung“ auf Märkten abzugeben.

„Es darf nicht dazu kommen, daß die in Österreich häufige landwirtschaftliche Direktvermarktung einfach als EU-widrig bezeichnet und so abgeschafft wird!“, warnte der OÖ. Veterinärlandesrat Dr. Hans Achatz.

Er befürchtet, daß dadurch die Nähe zum Konsumenten leidet und stundenlangen Lebendtiertransporten Tür und Tor geöffnet wird und fordert: „Wenn es nicht möglich ist, EU-Gelder zum Weiterbestand unserer bäuerlichen Direktvermarkter und kleinen Schlachthöfen einzusetzen, muß das Land Oberösterreich Mittel zur Verfügung stellen.“



Klimagipfel Berlin

Die Resultate des Klimagipfels von Berlin, der größten Umweltkonferenz seit der UNCED in Rio, sind erwartungsgemäß dürftig.

Nach zwei Wochen Verhandlungen haben sich die rund 870 hochrangigen Staatsvertreter aus 170 Staaten darauf geeinigt, die Verhandlungen weiterzuführen. Wie das Ziel der Klimakonvention erreicht werden soll, ist allerdings völlig offen. Das sogenannte „Berliner Mandat“ beinhaltet, daß ab Juli 1995 in einer Arbeitsgruppe für zwei Jahre weiter verhandelt wird. Bis zur dritten Klimakonferenz 1997 in Japan muß dann ein Abkommen mit Reduktionszielen für alle Treibhausgase für die

Multiplikatorenseminar Was bleibt von Rio?

Werkstatt zur Agenda 21
17. - 19. 11. 1995
Schloß Wiesenfelden
Bildungswerk des Bundes
Naturschutz Bayern e. V.
Tel. 06/09966/1270

Jahre 2005, 2010 und 2020 unterschrittsreif sein.

Seit Berlin ist leider klar, daß kurzfristige Eigeninteressen weiterhin dominieren.

Umso wichtiger ist es nun, mit CO²-Reduktionsmaßnahmen sofort zu beginnen und die Energie- und Verkehrswende rasch einzuleiten!

Dazu gibt es eine Studie von Greenpeace und Umweltberatung: „Missing Green Links – Weichenstellungen für ein ökologisches Verkehrssystem“, Tel. 0222/7130031-58

Kühlsystem ohne Ozon und Klimakiller

Greenpeace präsentierte im April d. J. in Salzburg ein Kühlsystem, das zur Gänze auf H-FCKW und H-FKW verzichtet. Ein „mobiler Supermarkt“ soll allen Herstellern zeigen, daß auch die gewerbliche Kühl- und Klimatechnik ohne ozon- und klimaschädigende Chemikalien auskommt.

Damit liefert die Umweltorganisation den endgültigen Beweis, daß der vollständige Ausstieg aus der Kühl- und Klimatechnik mit ozon- und klimazerstörenden Chemikalien möglich ist.

Um ihn zu beschleunigen, brachte Greenpeace bereits 1992 den „Greenfreeze“ auf den Markt, den ersten FCKW- und FKW-freien Kühlschrank. Dieser wird heute bereits weltweit produziert und verwendet. ■

Leserbrief

Die österreichischen Bauern nehmen regen Anspruch von den Förderungsmöglichkeiten des Österreichischen Umweltprogrammes nach EU-VO 2078/92 (ÖPUL). Dies führt dazu, daß die vorgesehenen 5,5 Mrd. Schilling nicht ausreichen werden.

Wenn auch Gerhard Popp, Sprecher von LW-Minister Wilhelm Molterer verlauten läßt, daß trotzdem die versprochenen Ausgleichszahlungen in voller Höhe bezahlt werden, so ist doch Vorsicht angebracht.

Schon vor einigen Jahren bzw. die letzten Jahre vor dem EU-Beitritt kam es bei der Bio-Bauernförderung wegen des großen Andrangs zu Kürzungen der Flächenprämien. Ähnliches ist jetzt zu befürchten.

Ich hoffe jedoch, daß der Finanzminister die von uns Bauern eingegangenen Verpflichtungen im Hinblick auf eine umweltgerechte Bewirtschaftung der Böden honoriert und österreichischerseits für eine entsprechende Aufstockung der finanziellen Mittel sorgt.

Georg Sams
Salzburger Bauern-Liste
LWK R und Ortsbauernobmann
Rinnermühle, Pfongau 44
5202 Neumarkt/Wallersee

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Natur und Land \(vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz\)](#)

Jahr/Year: 1995

Band/Volume: [1995_4](#)

Autor(en)/Author(s): Anonymus

Artikel/Article: [Kurz notiert; Luchs am Hochkönig - "Erhebender Anblick"; Projekt Erfassung und Schutz der Tiroler Fledermausfauna; 16-18](#)